

# BESCHLUSS

---

**des Präsidiums der FDP, Berlin, 3. Juli 2023**

---

## Technologieoffene und praxistaugliche Lösungen für Gebäude in der EU

Wir Freie Demokraten setzen auf einen effektiven Klimaschutz auf der Grundlage von Technologieoffenheit und Marktwirtschaft. Gerade in aktuell wirtschaftlich schwierigen Zeiten brauchen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mehr Freiräume für innovative und passgenaue Lösungen. Immer weitergehende Regulierung und Vorgaben gefährden hingegen die allgemeine Akzeptanz für Klimaschutz und setzen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa aufs Spiel.

Wir Freie Demokraten haben uns in Deutschland konsequent und erfolgreich für praxistaugliche und technologieoffene Lösungen beim neuen Gebäudeenergiegesetz (GEG) eingesetzt. Nun drohen diese Lösungen durch die geplante Neufassung der EU-Gebäuderichtlinie sowie die technische Ausgestaltung der Ökodesign-Richtlinie durch die von Dr. Ursula von der Leyen (CDU) geführte EU-Kommission torpediert zu werden.

Die Kommission sieht in ihrem Entwurf der EU-Gebäuderichtlinie unterschiedliche Maßstäbe für die einzelnen Mitgliedstaaten vor. Klasse A stellt jeweils ein Nullemissionsgebäude dar, Klasse G umfasst hingegen die 15 Prozent der Gebäude mit der schlechtesten Gesamtenergieeffizienz im nationalen Gebäudebestand. Diese 15 Prozent verfügen aber beispielsweise in Deutschland über ein anderes Effizienzniveau als in Portugal. Deutschland ist im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten bei der Gebäudesanierung bereits gut vorangekommen. Die Pläne der Kommission würden durch einen Sanierungszwang die erreichten Fortschritte hierzulande nicht berücksichtigen und stattdessen enorme zusätzliche Kosten verursachen. Sinnvoller und effizienter wäre es, zuerst die energetisch schlechtesten Gebäude zu sanieren – egal in welchem Mitgliedstaat sie sich befinden. Denn bei besonders schlecht gedämmten Gebäuden kann man pro investiertem Euro die größte Wirkung erzielen („low hanging fruits“).

Die geplante technische Ausgestaltung der Ökodesign-Richtlinie der EU-Kommission käme zudem einem EU-Heizungsverbot gleich. Ab 2029 sollen praktisch nur noch Wärmepumpen verkauft werden dürfen und auch klimaneutral (zum Beispiel mit Wasserstoff oder Biogas) betriebene Öl- und Gasheizungen sollen verboten werden. Was die CDU in Deutschland angeblich bekämpft und ablehnt, wird also von einer CDU-geführten EU-Kommission mit großem Eifer vorangetrieben.

Dabei wird der EU-Emissionshandel ab 2027 auch für den Gebäudesektor (ETS II) gelten. Er ist der zentrale Schlüssel für effektiven Klimaschutz auf der Grundlage von marktbasierenden Anreizen und

Technologieoffenheit – und zugleich mit einer fest vorgegebenen Einsparmenge. Bürokratische Detailregelungen wie die geplanten Kommissionsvorhaben würden daher die Wirkung des EU-Emissionshandels konterkarieren. Demgegenüber würden sich ein technologieoffenes GEG und der EU-Emissionshandel gegenseitig sinnvoll ergänzen.

Wir Freie Demokraten fordern die von Dr. Ursula von der Leyen (CDU) geführte EU-Kommission aus diesen Gründen dazu auf, die Pläne zur EU-Gebäuderichtlinie sowie der Ökodesign-Richtlinie zurückzuziehen – und den Weg frei zu machen für praxistaugliche und innovative Lösungen beim Klimaschutz.